

Absender

Drucksachen-Nr.

0513/2015

öffentlich

Antrag

der Fraktion DIE LINKE sowie des Stadtverordneten Frank Samirae

zur Sitzung:

Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss am 24.11.2015

Tagesordnungspunkt Ö 13.1

**Antrag der Fraktion DIE LINKE und der Bürgerpartei GL vom
16.09.2015 zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge**

Inhalt:

Mit beigefügtem Antrag vom 16.09.2015, Einwurf in den Nachtbriefkasten der Stadtverwaltung am selben Tag, beantragt die Fraktion DIE LINKE. zusammen mit Herrn Samirae als Ratsmitglied, dass die Verwaltung beauftragt wird, für die Realisierung von Vorhaben des sozialen Wohnungsbaus mit öffentlichen Baugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften ins Gespräch zu treten und die Ergebnisse dem Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss in seiner nächsten Sitzung vorzulegen.

Da der Antrag für die Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 24.09.2015 verspätet beim Ausschussvorsitzenden einging, konnte dieser in der maßgeblichen Sitzung nicht mehr behandelt werden (s. TOP Ö 4 der Niederschrift aus der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 24.09.2015). Stattdessen wurde seitens des Vorsitzenden zugesagt, den Antrag auf die Tagesordnung für die kommende Ausschusssitzung am 24.11.2015 aufzunehmen.

Im Hinblick darauf, dass seitens der Politik zwischenzeitlich noch weitere Anträge zum sozialen Wohnungsbau gestellt wurden (z.B. Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2015 zum bezahlbaren Wohnraum in Bergisch Gladbach sowie Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 05.10.2015 zur Entwicklung eines Handlungskonzeptes zur Schaffung sozialen Wohnraumes in Bergisch Gladbach) und diese an verschiedene Ausschüsse, u.a. den Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss verwiesen wurden, schlägt die Verwaltung vor, auch den vorliegenden Antrag zur gemeinsamen Erörterung in die erste Sitzung des SPLA am 16.02.2016 zu vertagen.

Für den Fall einer Vertagung bis zur ersten Sitzung des Ausschusses im Jahre 2016 sagt die Verwaltung zu, den Antrag in das vorgesehene Treffen des „Runden Tisches bezahlbarer Wohnraum“, welches nach derzeitigem Stand Anfang 2016 vor den ersten Ausschusssitzungen stattfinden wird, einzubringen und etwaige Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den dort anwesenden Vertretern der Baugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften zu erörtern.